



81. Jahrgang / April 2008

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

- |  |   |
|--|---|
| 13. <i>Landtagswahl 2008</i>   | 16. <i>Unterschriftenbeglaubigung durch Legalisatoren</i>               |
| 14. <i>Leitfaden: Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland und Neuerungen im Bereich der Wählerverzeichnisse</i>   | 17. <i>Lesen, Schreiben, Rechnen und Basiswissen EDV für Erwachsene</i> |
| 15. <i>Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen – Aktionsprogramm 2008</i> | <i>Verbraucherpreisindex für Februar 2008 (vorläufiges Ergebnis)</i>    |

## 13.

### Landtagswahl 2008

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 20. März 2008 beschlossen, die Wahl zum Tiroler Landtag auf **Sonntag, den 8. Juni 2008**, auszuschreiben. Die Kundmachung der Wahlauschreibung im Landesgesetzblatt ist am 21. März 2008 erfolgt und gilt als Tag der Wahlauschreibung daher der 21. März 2008. Als Stichtag wurde der 22. März 2008 bestimmt.

Bei der Durchführung der Wahl zum Landtag obliegt den Gemeinden eine Reihe wichtiger Aufgaben. Rechtsgrundlage ist die Tiroler Landtagswahlordnung 2002, LGBl. Nr. 91, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBl. Nr. 8/2008 (TLWO 2002). Dieses Gesetz wird von der Landesregierung in den nächsten Wochen als Tiroler Landtagswahlordnung 2008 (TLWO 2008) wiederverlautbart werden.

Wesentliche Neuerungen im Wahlrecht zum Landtag sind insbesondere

- die Herabsetzung des Mindestalters für das Wahlrecht auf 16 Jahre und für die Wählbarkeit auf 18 Jahre,
- die Einführung eines Wahlrechts für so genannte „Auslandstiroler/innen“ sowie
- die Einführung der Briefwahl.

Details zu diesen Änderungen und Hinweise zu weiteren Neuerungen entnehmen Sie bitte den folgenden Ausführungen, in denen die Aufgaben der Gemeinden im Zug der Abwicklung der Landtagswahl kurz dargestellt werden.

#### 1. Anschlag der Wahlkundmachung

Nach § 6 Abs. 3 TLWO 2002 ist die Wahlauschreibung in allen Gemeinden durch Anschlag an der Amts-

tafel und in sonst ortsüblicher Weise kundzumachen. Der Anschlag an der Amtstafel und die Kundmachung in sonst ortsüblicher Weise waren am Freitag, dem 21. März 2008, vorzunehmen.

#### 2. Bildung der Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden

Nach § 10 Abs. 1 TLWO 2002 ist für jede Gemeinde eine Gemeindegewahlbehörde zu bilden. Sie besteht aus dem Vorsitzenden (Gemeindegewahlleiter) und sechs Beisitzern. In Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, ist nach § 10 Abs. 2 TLWO 2002 für jeden Wahlsprengel eine Sprengelwahlbehörde zu bilden. Die Sprengelwahlbehörde besteht aus dem Vorsitzenden (Sprengelwahlleiter) und drei Beisitzern.

Nach § 11 TLWO 2002 ist für jede Gemeinde mindestens eine Sonderwahlbehörde für die Ausübung des Wahlrechtes durch bettlägerige Wähler zu bilden. Die Sonderwahlbehörde besteht aus dem Vorsitzenden und drei Beisitzern.

Vorsitzender der Gemeindegewahlbehörde (Gemeindegewahlleiter) ist der Bürgermeister. Er kann einen ständigen Vertreter bestellen.

Der Vorsitzende der Sprengelwahlbehörde (Sprengelwahlleiter) und der Vorsitzende der Sonderwahlbehörde werden vom Bürgermeister bestellt.

Für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Gemeindegewahlleiters, eines Sprengelwahlleiters oder des Leiters einer Sonderwahlbehörde hat der Bürgermeister nach § 10 Abs. 3 bzw. § 11 TLWO 2002 einen Stellvertreter zu bestellen.

Die allfällige Bestellung eines ständigen Vertreters des Bürgermeisters als Gemeindevahlleiter sowie die Bestellung des Sprengelwahlleiters und des Leiters der Sonderwahlbehörde sowie der genannten Stellvertreter hat der Bürgermeister spätestens am 7. Tag nach der Wahlausschreibung, das ist spätestens am 28. März 2008, vorzunehmen (§ 14 Abs. 1 TLWO 2002).

Die Beisitzer und die Ersatzbeisitzer der Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden werden vom Kreiswahlleiter auf Vorschlag der im Landtag vertretenen Wählergruppen bestellt. Sie werden auf die im Landtag vertretenen Wählergruppen nach der im Bereich der Gemeinde bei der letzten Landtagswahl ermittelten Stärke aufgeteilt.

Nach § 15 Abs. 9 TLWO 2002 haben die Gemeindevahlbehörden spätestens am 21. Tag nach der Wahlausschreibung, das ist spätestens am 11. April 2008, ihre konstituierende Sitzung abzuhalten. Die Sprengel- und Sonderwahlbehörden können auch zu einem späteren Zeitpunkt zur konstituierenden Sitzung einberufen werden. Die Einberufung obliegt dem Vorsitzenden der betreffenden Wahlbehörde.

Der Gemeindevahlleiter hat die Namen der Beisitzer und der Ersatzbeisitzer der Gemeinde-, Sprengel- und Sonderwahlbehörden unverzüglich nach ihrer Bildung an der Amtstafel kundzumachen (§ 15 Abs. 8 TLWO 2002).

### 3. Wahlberechtigte und ihre Erfassung

Unmittelbar nach der Wahlausschreibung haben die Gemeinden mit der Erfassung der Wahlberechtigten zu beginnen. Dabei sind einige Neuerungen zu beachten (Wahlalter, ggf. Erfassung von sog. „Auslandstirolern“ auf Antrag), die in der Folge beschrieben werden.

Nach § 18 Abs. 1 TLWO 2002 sind die Wahlberechtigten in Wählerverzeichnisse einzutragen. Die Wählerverzeichnisse sind von den Gemeinden selbstständig zu erstellen. Durch die zwischenzeitlich ausschließlich elektronische Erstellung der Wählerverzeichnisse müssen den Gemeinden im Gegensatz zu den bisherigen Landtagswahlen hierfür keine Vordrucke mehr zur Verfügung gestellt werden.

An der Landtagswahl kann zunächst jeder Landesbürger (d. h. jeder österreichische Staatsbürger mit Hauptwohnsitz in einer Tiroler Gemeinde) teilnehmen, der das 16. Lebensjahr spätestens am Wahltag vollendet und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist.

Neben diesen „Inlandstirolern“ sind jedoch unter den genannten Voraussetzungen auch österreichische Staatsbürger (aktiv) wahlberechtigt, die vor nicht mehr

als zehn Jahren ihren Hauptwohnsitz direkt von Tirol aus in das Ausland verlegt haben („Auslandstiroler“) und die sich rechtzeitig in die von jeder Gemeinde Tirols zu führende Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland („Auslandstirolerevidenz“) haben eintragen lassen. Diese Wählerevidenz bildet zusammen mit der nach dem Wählerevidenzgesetz 1973 zu führenden Wählerevidenz die Grundlage für die Erstellung der Wählerverzeichnisse (für Details siehe den Leitfaden „Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland und Neuerungen im Bereich der Wählerverzeichnisse“ unter Punkt e).

Für die Eintragung in die Auslandstirolerevidenz ist ein entsprechender Antrag erforderlich, der in jeder technisch möglichen Weise eingebracht werden kann. Das Mindestalter für die Eintragung in diese Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland wurde einer Forderung des Bundes entsprechend und im Einklang mit dem Wählerevidenzgesetz 1973 mit 14 (erreicht vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung) festgesetzt. Im Antrag auf Eintragung kann für alle Landtagswahlen in der Zeit des Bestehens des Wahlrechtes auch die automatische Zustellung einer Wahlkarte an die ausländische Wohnadresse verlangt werden. Zuständig für die Entgegennahme und Bearbeitung derartiger Anträge ist die Gemeinde des letzten Hauptwohnsitzes in Tirol.

Die Firma Kufgem wird den Tiroler Gemeinden eine Anwendung zur Führung der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland zur Verfügung stellen. Darüber hinaus wird an einem elektronisch einzubringenden Formular gearbeitet, mit dem Anträge auf Eintragung in die „Auslandstirolerevidenz“ (ggf. verbunden mit einem so genannten „Wahlkartenabo“) gestellt werden können.

#### a) *Wahlalter*

In die Wählerverzeichnisse sind alle Personen aufzunehmen, die bis einschließlich 8. Juni 2008 das 16. Lebensjahr vollendet haben.

#### b) *Hauptwohnsitz*

Nach Art. 6 Abs. 3 B-VG ist der Hauptwohnsitz einer Person dort begründet, wo sie sich in der erweislichen oder aus den Umständen hervorgehenden Absicht niedergelassen hat, hier den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen zu schaffen; trifft diese sachliche Voraussetzung bei einer Gesamtbetrachtung der beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbeziehungen einer Person auf mehrere Wohnsitze zu, so hat sie jenen als Hauptwohnsitz zu bezeichnen, zu dem sie das überwiegende Naheverhältnis hat.

Maßgeblich für die Eintragung in das Wählerverzeichnis ist der Hauptwohnsitz am Stichtag. Für Inlandstiroler muss dieser somit am Stichtag in der jeweiligen Gemeinde gelegen sein. Auslandstiroler müssen ihren Hauptwohnsitz am Stichtag noch im Ausland haben und es dürfen vom Stichtag zurückgerechnet nicht mehr als zehn Jahre vergangen sein, seit sie ihren Hauptwohnsitz von der betreffenden Gemeinde in Tirol ins Ausland verlegt haben.

Für Auslandstiroler ist kein eigenes Wählerverzeichnis anzulegen. Im Fall der Einteilung in mehrere Wahlsprenkel sind sie vielmehr in das Wählerverzeichnis jenes Sprengels einzutragen, in welchem ihr ehemaliger Hauptwohnsitz in der Gemeinde liegt. Sie sind im Wählerverzeichnis als Auslandstiroler kenntlich zu machen, wobei in der Regel auch der Vermerk „Wahlkarte“ anzubringen sein wird (entweder, weil die Wahlkarte bereits anlässlich des Antrages auf Eintragung in die Auslandstirolerevidenz „abonniert“ oder weil sie auf herkömmliche Weise beantragt wurde). Die Wahl im Wahllokal durch Auslandsösterreicher „auf Heimaturlaub“ ist jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sondern nur praktisch unwahrscheinlich.

Zu beachten ist, dass jeder Wahlberechtigte nur in ein Wählerverzeichnis eingetragen sein darf, und zwar als Inlandstiroler oder als Auslandstiroler.

Ist ein Wahlberechtigter im Wählerverzeichnis mehrerer Gemeinden (Wahlsprenkel) eingetragen, so ist er unverzüglich aus dem Wählerverzeichnis, in das er zu Unrecht eingetragen wurde, zu streichen. Hievon sind der Wahlberechtigte und die Gemeinde, in deren Wählerverzeichnis er zu verbleiben hat, unverzüglich zu verständigen.

Die bisherige gesetzliche Sonderregelung für Wahlberechtigte, die den Präsenz-, Ausbildungs- oder Zivildienst leisten, ist entfallen.

Personen, die am 22. März 2008 in keiner Gemeinde in Tirol einen Hauptwohnsitz begründet haben, dürfen (als Inlandstiroler) in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen werden. Dies betrifft z. B. österreichische Staatsbürger, die erst nach dem 22. März 2008 aus einem anderen Bundesland oder aus dem Ausland in eine Tiroler Gemeinde zugezogen sind, und Personen, die sich zwar vor dem 22. März 2008 schon in Tirol aufgehalten, aber erst nach dem 22. März 2008 in der betreffenden Gemeinde den Hauptwohnsitz begründet haben.

#### *c) Österreichische Staatsbürgerschaft*

Der Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft ist ebenfalls nach dem Stichtag zu beurteilen. Personen, die erst nach dem 22. März 2008 die österreichische Staats-

bürgerschaft erworben haben, dürfen in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen werden.

#### *d) Wahlausschließungsgrund*

Als Wahlausschließungsgrund kommt nur eine gerichtliche Verurteilung im Sinn des § 4 TLWO 2002 in Betracht. Auch das Vorliegen dieses Wahlausschließungsgrundes ist nach dem Stichtag zu beurteilen.

#### *e) Wählerevidenzen*

Als Grundlage für die Anlegung der Wählerverzeichnisse dienen die nach dem Wählerevidenzgesetz 1973, BGBl. Nr. 601, geführte Wählerevidenz und die Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland nach § 16a TLWO 2002 („Auslandstirolerevidenz“).

Es ist jedoch zu beachten, dass in der Wählerevidenz nach dem Wählerevidenzgesetz 1973 seit dem Inkrafttreten des Wahlrechtsänderungsgesetzes 1990, BGBl. Nr. 148, auch die im Ausland lebenden österreichischen Staatsbürger eingetragen sein können. Diese dürfen nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommen werden, da sie ja nicht automatisch als „Auslandstiroler“ gelten. Für die sog. „Auslandstiroler“ ist ausschließlich die Evidenz nach § 16a TLWO 2002 maßgeblich, in die man nur auf Antrag aufgenommen wird.

In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf Bedacht zu nehmen, dass das Mindestalter für die Eintragung in die Auslandstirolerevidenz im Einklang mit dem Wählerevidenzgesetz 1973 mit 14 (erreicht vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung) festgesetzt wurde. Damit darf nicht automatisch der Gesamtbestand an Auslandstirolern aus der Auslandstirolerevidenz in das Wählerverzeichnis übernommen werden, sondern eben nur jene, die spätestens am Wahltag das 16. Lebensjahr vollenden und auch die übrigen Wahlvoraussetzungen erfüllen.

#### *aa) Einsprüche gegen die Wählerevidenz bzw. die Auslandstirolerevidenz:*

Bei der Heranziehung der Wählerevidenz und der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland zur Anlegung der Wählerverzeichnisse ist Folgendes zu beachten:

Es besteht die Möglichkeit, dass gegen die Wählerevidenz Einsprüche vorliegen, d. h., dass die Aufnahme eines Wahlberechtigten in die Wählerevidenz oder die Streichung eines vermeintlich Nichtwahlberechtigten aus der Wählerevidenz beantragt wurde.

Sollten solche Einsprüche bis zum Stichtag nicht erledigt sein, so sind diese Einsprüche bei der Anlegung des Wählerverzeichnisses nicht zu beachten.

Für den Fall, dass Einsprüche gegen die Wählerevidenz vorliegen, über die am Stichtag noch nicht ent-

schieden ist, werden die Gemeinden ersucht, in jedem Fall die Einspruchswerber nachweislich zu verständigen, dass die Einsprüche gegen die Wählerevidenz nicht als Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis für die Landtagswahl gelten und dass daher die Einbringung eines Einspruches gegen das Wählerverzeichnis notwendig ist, falls das Begehren auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis bzw. auf Streichung aus dem Wählerverzeichnis für die Landtagswahl aufrecht erhalten wird.

Abweichendes gilt im Hinblick auf Einsprüche gegen die Auslandstirolerevidenz, doch werden solche Einsprüche aufgrund der Neueinführung dieser Evidenz für die Vorbereitung der Landtagswahl 2008 wohl keine Rolle spielen. Es wird daher lediglich auf § 16a Abs. 5 bis 9 TLWO 2002 und die Erläuterungen dazu im Leitfaden verwiesen.

*bb) Behandlung nicht erledigter Berufungen gegen Entscheidungen der Gemeindewahlbehörde:*

Es besteht auch die Möglichkeit, dass am Stichtag zwar die Gemeindewahlbehörde über einen Einspruch gegen die Wählerevidenz entschieden hat, nicht jedoch die Bezirkswahlbehörde über eine Berufung gegen diesen Bescheid. Da nach § 7 Abs. 3 des Wählerevidenzgesetzes 1973 eine Richtigstellung der Wählerevidenz erst nach dem Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung durchzuführen ist, hat die Entscheidung der Gemeindewahlbehörde, die durch eine Berufung angefochten wurde, keine Änderung der Wählerevidenz zur Folge. Die Entscheidung der Gemeindewahlbehörde darf daher bei der Erstellung des Wählerverzeichnisses nicht berücksichtigt werden.

Die Gemeinden werden auch für diesen Fall ersucht, die unter aa) erwähnte Verständigung vorzunehmen.

#### **4. Auflegung der Wählerverzeichnisse**

Am 21. Tag nach der Wahlausschreibung, das ist am 11. April 2008, sind die Wählerverzeichnisse durch fünf Werkstage, das ist bis zum 17. April 2008, zur öffentlichen Einsicht aufzulegen (§ 19 Abs. 1 TLWO 2002).

Nach § 19 Abs. 2 TLWO 2002 hat der Bürgermeister die Auflegung des Wählerverzeichnisses vor dem Beginn der Einsichtsfrist, somit spätestens am 10. April 2008, durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde und in sonst ortsüblicher Weise kundzumachen.

Nach § 19 Abs. 3 TLWO 2002 darf das Wählerverzeichnis vom ersten Tag der Auflegung an nur mehr aufgrund des Einspruchs- und Berufungsverfahrens geändert werden. Ausgenommen hiervon sind Streichungen nach § 18 Abs. 3 TLWO 2002, die Beseitigung von offenkundigen Unrichtigkeiten in den Eintragungen von

Wahlberechtigten und die Behebung von Formgebrechen, insbesondere die Berichtigung von Schreibfehlern und von EDV-Fehlern.

#### **5. Abschriften der Wählerverzeichnisse**

Nach § 20 Abs. 1 TLWO 2002 hat der Bürgermeister den Wählergruppen auf deren Verlangen Abschriften des Wählerverzeichnisses spätestens am ersten Tag der Auflegung, also spätestens am 11. April 2008, gegen Ersatz der Kosten auszufolgen. Die Wählergruppen müssen das Verlangen spätestens zwei Wochen vor der Auflegung des Wählerverzeichnisses, also spätestens am 28. März 2008, stellen und gleichzeitig die Hälfte der voraussichtlichen Herstellungskosten bezahlen. Die restlichen Kosten sind bei Bezug der Abschriften zu begleichen. Es wird darauf hingewiesen, dass nach § 20 Abs. 4 TLWO 2002 die Übermittlung des Wählerverzeichnisses an Wählergruppen auch im Weg der automationsunterstützten Datenübertragung zulässig ist.

Nach § 20 Abs. 3 TLWO 2002 kann innerhalb der Einsichtsfrist jedermann Abschriften des Wählerverzeichnisses herstellen.

#### **6. Durchführung des Einspruchs- und Berufungsverfahrens**

Die den Gemeinden bei der Durchführung des Einspruchs- und Berufungsverfahrens obliegenden Aufgaben ergeben sich aus den §§ 21 bis 23 TLWO 2002. Innerhalb der Einsichtsfrist kann jeder österreichische Staatsbürger, der entweder als Wahlberechtigter eingetragen ist oder das Wahlrecht für sich in Anspruch nimmt, gegen das Wählerverzeichnis wegen Aufnahme vermeintlich Nichtwahlberechtigter und wegen Nichtaufnahme vermeintlich Wahlberechtigter schriftlich oder mündlich bei der zur Entgegennahme von Einsprüchen bezeichneten Amtsstelle Einspruch erheben. Schriftliche Einsprüche können nach Maßgabe der vorhandenen technischen Möglichkeiten auch telegrafisch, fernschriftlich, mit Telefax, im Weg automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise eingebracht werden.

Die Einsprüche sind für jeden Einspruchsfall gesondert zu erheben.

Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis sind zu begründen und es sind die zu ihrer Begründung erforderlichen Belege anzuschließen.

Der Bürgermeister hat Personen, gegen deren Aufnahme in das Wählerverzeichnis ein Einspruch erhoben wurde, innerhalb von 24 Stunden nach dem Einlangen des Einspruches davon unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Begründung zu verständigen. Dem Betroffenen

steht es frei, binnen vier Tagen nach der Zustellung der Verständigung schriftlich oder mündlich Einwendungen bei der Gemeindewahlbehörde vorzubringen.

Über Einsprüche hat die Gemeindewahlbehörde binnen sechs Tagen nach ihrem Einlangen zu entscheiden. Die Entscheidung ist dem Einspruchswerber sowie dem von der Entscheidung Betroffenen unverzüglich schriftlich mitzuteilen und nach dem Eintritt der Rechtskraft dem Bürgermeister zur Kenntnis zu bringen.

Gegen die Entscheidung der Gemeindewahlbehörde kann der Einspruchswerber sowie der von der Entscheidung Betroffene binnen zwei Tagen nach der Zustellung der Entscheidung schriftlich bei der Gemeinde Berufung einbringen. Die Gemeinde hat den Berufungsgegner von der eingebrachten Berufung unverzüglich mit dem Beifügen zu verständigen, dass es ihm freisteht, innerhalb von zwei Tagen nach der Zustellung der Verständigung in die Berufung Einsicht und zu den Berufungsgründen Stellung zu nehmen. Die Berufung ist sodann unverzüglich der Kreiswahlbehörde vorzulegen.

Formulare für die Einbringung von Berufungen gegen Bescheide der Gemeindewahlbehörden und für die Verständigung des Berufungsgegners werden nicht aufgelegt.

Die Gemeinden werden besonders darauf aufmerksam gemacht, dass nach § 71 TLWO 2002 der Beginn und der Lauf einer Frist durch Sonntage und andere öffentliche Ruhetage nicht behindert wird. Fällt das Ende der Frist auf einen Sonntag oder einen anderen öffentlichen Ruhetag, so haben die mit dem Wahlverfahren befassten Behörden entsprechend vorzusorgen, dass ihnen die befristeten Handlungen auch an diesen Tagen zur Kenntnis gelangen können.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass bei den Anbringen nach den §§ 21 und 23 die Tage des Postlaufes in die Frist nicht eingerechnet werden.

### 7. Unterstützungserklärungen

Jeder Wahlvorschlag muss, sofern sich aus dem neu gefassten § 28 Abs. 4 TLWO 2002 (Unterstützung durch Landtagsabgeordnete) nichts anderes ergibt, mindestens von folgender Anzahl an Wahlberechtigten des Wahlkreises unterstützt sein:

im Wahlkreis

Nr. 1 Innsbruck-Stadt .....	69
Nr. 2 Innsbruck-Land .....	81
Nr. 3 Imst .....	67
Nr. 4 Kitzbühel .....	73
Nr. 5 Kufstein .....	73
Nr. 6 Landeck .....	78

im Wahlkreis

Nr. 7 Lienz .....	67
Nr. 8 Reutte .....	52
Nr. 9 Schwaz .....	70

Eine dem Wahlvorschlag angeschlossene (schriftliche, im Übrigen aber relativ formlose) Unterstützungserklärung durch einen Landtagsabgeordneten ersetzt nach dem neu gefassten § 28 Abs. 4 TLWO 2002 ein Drittel der erforderlichen Unterstützungserklärungen von Wahlberechtigten, aufgerundet auf die nächstfolgende ganze Zahl.

Die Unterstützung eines Wahlvorschlages durch Wahlberechtigte hat in der Form zu erfolgen, dass dem Wahlvorschlag die nach dem Muster der Anlage 2 zur TLWO 2002 ausgefüllten Unterstützungserklärungen anzuschließen sind. Die Unterstützungserklärung hat die Bestätigung des Bürgermeisters zu enthalten, dass die in der Unterstützungserklärung genannte Person am Stichtag, somit am 22. März 2008, zum Landtag wahlberechtigt war. Dabei sind wiederum alle Voraussetzungen für das Wahlrecht mit Ausnahme des Wahlalters (hier genügt es, wenn die unterstützende Person spätestens am 8. Juni 2008 das 16. Lebensjahr vollendet) nach dem Stichtag zu beurteilen.

Die Unterstützung durch Auslandstiroler, die rechtzeitig einen Antrag auf Eintragung in die Auslandstirolerevidenz gestellt haben, ist rechtlich möglich (für die Unterstützungserklärung genügt das aktive Wahlrecht; es schadet also nicht, dass Auslandstiroler zum Landtag nicht wählbar sind).

Die Bestätigung ist von der Gemeinde aber nur dann zu erteilen, wenn

a) die in der Erklärung genannte Person vor der zur Führung der Wählerevidenz zuständigen Gemeindebehörde persönlich erscheint und ihre Identität durch einen amtlichen Lichtbildausweis (Reisepass, Personalausweis, Führerschein und dergleichen) nachweist, die Unterstützungserklärung die Angaben über Zu- und Vornamen, Geburtsdatum und Wohnadresse der unterstützenden Person sowie die Bezeichnung der zu unterstützenden Wählergruppe enthält und diese Person ihre Unterschrift vor der Gemeindebehörde eigenhändig leistet oder

b) die Unterstützungserklärung der Gemeindebehörde vorgelegt wird und diese die Angaben über Zu- und Vornamen, Geburtsdatum und Wohnadresse der unterstützenden Person sowie deren gerichtlich oder notariell beglaubigte Unterschrift und die Bezeichnung der zu unterstützenden Wählergruppe enthält.

Es ist also bei Vorliegen der Voraussetzungen nach lit. b ein persönliches Erscheinen der in der Unterstützungserklärung genannten Person vor der Gemeindebehörde nicht erforderlich. In diesem Fall genügt es, wenn die Unterstützungserklärung – durch wen auch immer – der Gemeindebehörde zur Bestätigung vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, dass Unterstützungserklärungen frühestens ab der Ausschreibung der Wahl vorgelegt werden können.

Die Gemeinden sind verpflichtet, ordnungsgemäß ausgefüllte und unterschriebene Unterstützungserklärungen zu bestätigen, wenn die in der Unterstützungserklärung genannte Person in der Wählerevidenz (bzw. ggf. auch in der Auslandstirolerevidenz) dieser Ge-

meinde aufscheint und am 22. März 2008 zum Landtag wahlberechtigt war.

Die von der Gemeinde ausgestellten Bestätigungen dürfen daher erst ab dem 22. März 2008 ausgefolgt oder zugesandt werden, da, wie bereits erwähnt, für die Frage, ob die genannte Person wahlberechtigt ist, der 22. März 2008 als Stichtag maßgebend ist.

Abschließend wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Kandidatur kleinerer Wählergruppen mit der gleichen Aufmerksamkeit zu behandeln ist wie die Wahlwerbung größerer Wählergruppen, um auch nicht den geringsten Anschein einer Benachteiligung bestimmter Wählergruppen zu erwecken.

*Abteilung Verfassungsdienst*

*Zahl Präs.II-1644/14 vom 19. März 2008*

## 14.

### Leitfaden: Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland und Neuerungen im Bereich der Wählerverzeichnisse

#### I. Gesetzestext

Die Tiroler Landtagswahlordnung 2002 (TLWO 2002), LGBL Nr. 91, wurde zuletzt durch das Gesetz LGBL Nr. 8/2008 geändert. Die TLWO 2002 wird in den nächsten Wochen von der Landesregierung als Tiroler Landtagswahlordnung 2008 – TLWO 2008 wiederverlautbart werden.

Die §§ 16a, 17 und 18 haben nun folgenden Wortlaut:

#### § 16a

#### Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland

(1) In jeder Gemeinde ist eine Wählerevidenz für Wahlberechtigte nach § 2 Abs. 1 lit. b zu führen (Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland). Die Führung der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland obliegt dem Bürgermeister im übertragenen Wirkungsbereich. Für deren Anlegung gilt § 1 Abs. 2 zweiter Satz, 3 und 4 des Wählerevidenzgesetzes 1973, BGBl. Nr. 601, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 28/2007, sinngemäß.

(2) In die Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland sind auf Antrag österreichische Staatsbürger einzutragen, die

a) vor der innerhalb von zehn Jahren vor der Antragstellung erfolgten Verlegung ihres Hauptwohnsitzes in das Ausland diesen in der betreffenden Gemeinde hatten, sofern dieser Hauptwohnsitz der letzte Hauptwohnsitz in Österreich war,

b) sich zur Zeit der Eintragung noch im Ausland aufhalten,

c) vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung das 14. Lebensjahr vollendet haben und

d) vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind.

Kann dem Antrag nicht entsprochen werden, so ist der Antragsteller hiervon schriftlich zu verständigen. Dies kann per E-Mail erfolgen, wenn der Gemeinde eine E-Mail-Adresse des Antragstellers bekannt ist.

(3) Eine Person ist aus der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland zu streichen, wenn sie dies beantragt oder wenn die Voraussetzungen für die Eintragung nach Abs. 2 nicht mehr vorliegen. Nach dem Ablauf von zehn Jahren nach der für die Eintragung maßgeblichen Verlegung des Hauptwohnsitzes in das Ausland ist eine erfasste Person jedenfalls zu streichen. Die von der Streichung betroffenen Personen sind hiervon schriftlich zu verständigen. Dies kann per E-Mail erfolgen, wenn der Gemeinde eine E-Mail-Adresse der betroffenen Person bekannt ist.

(4) Die in der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland erfassten Personen erhalten, wenn sie dies zugleich mit dem Antrag nach Abs. 2 oder zu einem späteren Zeitpunkt beantragen, von Amts wegen eine Wahlkarte für die Teilnahme an jeder Landtagswahl, zu der sie wahlberechtigt sind, zugestellt. Der Antrag auf amtswegige Zustellung der Wahlkarte kann jederzeit widerrufen werden. Erfasste Personen haben der Gemeinde zum Zweck der Übermittlung der Wahlkarte und von

Wahlinformationen die Änderung ihrer Wohnadresse im Ausland und gegebenenfalls auch ihrer E-Mail-Adresse bekannt zu geben. Wird einer Gemeinde nachträglich die E-Mail-Adresse oder die Änderung der E-Mail-Adresse oder der Wohnadresse einer erfassten Person bekannt, so ist die Wählerevidenz auch von Amts wegen entsprechend zu ergänzen oder zu berichtigen.

(5) Personen, die aus der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland gestrichen werden, können gegen ihre Streichung schriftlich bei der Gemeinde Einspruch erheben. Dieser Einspruch gilt als Einspruch gegen das Wählerverzeichnis im Sinn des § 21.

(6) Personen, die trotz Vorliegens der Voraussetzungen nach Abs. 2 nicht in die Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland eingetragen werden, können gegen die Nichteintragung schriftlich bei der Gemeinde Einspruch erheben. Dieser Einspruch gilt als Einspruch gegen das Wählerverzeichnis im Sinn des § 21.

(7) Die Gemeinde hat ein fortlaufendes Verzeichnis über die Einsprüche zu führen, die nach den Abs. 5 und 6 als Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis im Sinn des § 21 gelten.

(8) Für die Einbringung schriftlicher Einsprüche nach Abs. 5 und 6 gilt § 21 Abs. 1 zweiter Satz. Die Einsprüche gelten als mit dem ersten Tag der Auflegung des Wählerverzeichnisses zur öffentlichen Einsicht (§ 19 Abs. 1) eingebracht.

(9) In die Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland kann jedermann, der sich von ihrer Vollständigkeit und Richtigkeit überzeugen will, Einsicht nehmen und Änderungen anregen.

(10) Die Gemeinde hat den Wählergruppen auf Verlangen gegen Ersatz der Kosten Abschriften der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland und des Verzeichnisses nach Abs. 7 herzustellen. Die jeweiligen Daten können, sofern die Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland bzw. das Verzeichnis nach Abs. 7 automationsunterstützt geführt werden, auch elektronisch zur Verfügung gestellt werden.

## § 17

### Wählerverzeichnisse

(1) Die Wahlberechtigten sind in Wählerverzeichnisse einzutragen. Die Anlegung der Wählerverzeichnisse obliegt dem Bürgermeister im übertragenen Wirkungsbereich.

(2) Die Wählerverzeichnisse sind nach dem Namensalphabet der Wahlberechtigten und in Gemeinden, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, überdies nach Wahlsprengeln und gegebenenfalls nach Ortschaften, Straßen und Hausnummern anzulegen.

(3) Für die Erstellung der Wählerverzeichnisse ist hinsichtlich der Wahlberechtigten mit Hauptwohnsitz in der Gemeinde die nach dem Wählerevidenzgesetz 1973, BGBl. Nr. 601, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. INr. 28/2007, geführte Wählerevidenz sowie hinsichtlich der Wahlberechtigten mit Hauptwohnsitz im Ausland die Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland heranzuziehen. In die Wählerverzeichnisse sind alle Personen aufzunehmen, die nach § 2 wahlberechtigt sind. Hinsichtlich der Wahlberechtigung nach § 2 Abs. 1 lit. b ist vor der Aufnahme der Betroffenen in das Wählerverzeichnis durch einen Abgleich mit den Daten des zentralen Melderegisters jedenfalls zu prüfen, ob nicht der Hauptwohnsitz inzwischen wieder in das Inland verlegt wurde.

## § 18

### Ort der Eintragung

(1) Jeder Wahlberechtigte ist in das Wählerverzeichnis des Ortes (der Gemeinde, des Wahlsprengels) einzutragen, wo er am Stichtag seinen Hauptwohnsitz hat bzw. wo er diesen vor der Verlegung des Hauptwohnsitzes in das Ausland hatte.

(2) Jeder Wahlberechtigte darf nur in ein Wählerverzeichnis eingetragen sein.

(3) Ist ein Wahlberechtigter im Wählerverzeichnis mehrerer Orte (Gemeinden, Wahlsprengel) eingetragen, so ist er unverzüglich aus dem Wählerverzeichnis, in das er zu Unrecht eingetragen wurde, zu streichen. Hiervon sind der Wahlberechtigte und die Gemeinde, in deren Wählerverzeichnis er zu verbleiben hat, unverzüglich zu verständigen.

## II. Erläuterungen

### 1. Zum neu eingefügten § 16a:

Nach dem neu eingefügten § 16a ist in jeder Gemeinde eine Wählerevidenz für alle Wahlberechtigten nach § 2 Abs. 1 lit. b, die sog. „Auslandstiroler“, zu führen, die ihr Interesse an der Teilnahme an der Landtagswahl durch einen entsprechenden Antrag bekundet haben. Diese Evidenz wird in der Folge als Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland oder kurz und untechnisch auch als „Auslandstirolerevidenz“ bezeichnet.

§ 16a wurde nach dem Vorbild des § 23a der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 (in dessen ursprünglicher Fassung, in der die Eintragung in diese Evidenz noch ausschließlich auf Antrag vorgenommen wurde) konstruiert, um die Erfahrung, die die Gemeinden mit der Führung dieser Evidenz gewonnen haben, nützen zu können.

Für die Anlegung der Auslandstirolerevidenz gelten kraft ausdrücklicher Anordnung die Bestimmungen des

Wählerevidenzgesetzes 1973, BGBl. Nr. 601, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 28/2007, über die Anlegung innerhalb der Gemeinden nach Ortschaften, Straßen und Hausnummern, gegebenenfalls auch nach Wahlsprengeln, sowie über die Führung in Karteiform bzw. in automationsunterstützter Form sinngemäß.

Voraussetzung für die Eintragung in die Auslands-tirolerevidenz ist neben der Stellung eines entsprechenden Antrages durch einen österreichischen Staatsbürger zunächst die Vollendung des 14. Lebensjahres vor dem 1. Jänner des Jahres der Eintragung. Die Eintragung ein Jahr vor der Erreichung des Wahlalters soll gewährleisten, dass der betroffene Personenkreis jedenfalls von seinem Wahlrecht Gebrauch machen kann, und steht im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Wählerevidenzgesetzes 1973.

Die Erreichung des Wahlalters spätestens am Wahltag der bevorstehenden Landtagswahl ist bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse zu prüfen (§ 17 Abs. 3 zweiter Satz).

Wer seinen Hauptwohnsitz zu einer Zeit ins Ausland verlegt, zu der er mangels Erreichung des Wahlalters noch nicht wahlberechtigt ist, erlangt das Wahlrecht mit der Vollendung des 16. Lebensjahres und bleibt – so der Auslandsaufenthalt andauert – bis zum Ablauf der Frist von zehn Jahren ab der Verlegung des Hauptwohnsitzes wahlberechtigt.

Weiters ist vor der Eintragung in die Auslands-tirolerevidenz zu prüfen, ob die den Antrag stellende Person vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist, und schließlich, ob sie sich noch im Ausland aufhält und ihren Hauptwohnsitz nicht schon vor mehr als zehn Jahren vor der Antragstellung ins Ausland verlegt hat.

Der Antrag auf Eintragung in die Auslands-tirolerevidenz ist bei der Gemeinde des letzten inländischen Hauptwohnsitzes zu stellen. Liegt dieser nicht in Tirol (etwa weil der Antragsteller den Hauptwohnsitz zunächst in ein anderes Bundesland und erst dann ins Ausland verlegt hat), so besteht kein Wahlrecht zum Tiroler Landtag mehr (sondern eben – sofern das betreffende Bundesland ebenfalls ein „Auslandslandesbürgerwahlrecht“ kennt – gegebenenfalls zum Landtag des betreffenden Landes).

Kann dem Antrag auf Eintragung in die Auslands-tirolerevidenz nicht entsprochen werden, so ist der Antragsteller hiervon schriftlich – gegebenenfalls auch per E-Mail – zu verständigen.

Die Gemeinde hat erfasste Personen aus der Auslands-tirolerevidenz auf einen entsprechenden Antrag hin oder dann zu streichen, wenn die Voraussetzungen für die Eintragung nicht mehr vorliegen. Der häufigste

Fall wird der sein, dass die Frist von zehn Jahren nach der für die Eintragung maßgeblichen Verlegung des Hauptwohnsitzes ins Ausland abgelaufen ist. Mit der Wendung „nach der für die Eintragung maßgeblichen Verlegung des Hauptwohnsitzes“ wird auf die Möglichkeit Bedacht genommen, dass Wahlberechtigte den Hauptwohnsitz innerhalb von zehn Jahren auch mehrmals ins Ausland und wieder zurück nach Tirol verlegen können. Erfasste Personen sind – wenn möglich wiederum per E-Mail – von der Streichung schriftlich zu verständigen.

Bei der Erstellung der Wählerverzeichnisse ist jedenfalls nochmals zu prüfen, ob die angeführte Zehnjahresfrist allenfalls zum Stichtag schon abgelaufen war.

Wie auch im § 2a des Wählerevidenzgesetzes 1973 vorgesehen, erhalten erfasste Personen auf Antrag (ein solcher kann bei der Stellung des Antrages auf Aufnahme in die Wählerevidenz, aber auch zu jedem späteren Zeitpunkt gestellt werden) bei jeder der Antragstellung nachfolgenden, jedoch innerhalb der für das Wahlrecht maßgeblichen Zehnjahresfrist liegenden, Landtagswahl von Amts wegen eine Wahlkarte zugestellt. Die Gemeinde hat die Zustellung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu bewerkstelligen.

Insbesondere zum Zweck der Übermittlung der Wahlkarte war die Verpflichtung der „Auslandstiroler“ vorzusehen, der Gemeinde die Änderung ihrer Wohnadresse im Ausland und gegebenenfalls auch ihrer E-Mail-Adresse bekannt zu geben. Die Gemeinde muss die Wählerevidenz jedoch auch von Amts wegen entsprechend ergänzen oder berichtigen, wenn ihr, etwa anlässlich der Ausfolgung einer Wahlkarte, die (neue) Wohn- oder E-Mail-Adresse einer im Ausland lebenden erfassten Person bekannt wird.

Gegen die Streichung aus der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland oder gegen die Nichtaufnahme in diese Evidenz können betroffene Personen schriftlich bei der Gemeinde Einspruch erheben. Diese Einsprüche gelten als mit dem ersten Tag der Auflegung des Wählerverzeichnisses zur öffentlichen Einsicht (§ 19 Abs. 1) eingebrachte Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis im Sinn des § 21. Die Gemeinde hat ein fortlaufendes Verzeichnis über die Einsprüche zu führen (vgl. dazu § 23a Abs. 3, 4 und 5 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994).

Schließlich wurden im § 16a noch das Recht zur öffentlichen Einsichtnahme und zur Anregung von Korrekturen sowie eine Verpflichtung der Gemeinden zur Herstellung von Abschriften der Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland für die Wählergruppen vorgesehen.

### 2. Zu den neu gefassten §§ 17 und 18:

Die Bestimmungen des bisherigen § 17 über die Erfassung der Wahlberechtigten in Wählerverzeichnissen entsprechen im Wesentlichen ihren Vorläuferbestimmungen, mussten aber im Hinblick auf die neu hinzugekommene Wahlberechtigung für die sog. „Auslandstiroler“ ergänzt werden. Von besonderer Bedeutung ist die Verpflichtung des Bürgermeisters, vor der Aufnahme eines „Auslandstirolers“ in das Wählerverzeichnis durch einen Abgleich mit den Daten des zentralen Melderegisters jedenfalls zu prüfen, ob der Hauptwohnsitz inzwischen wieder in das Inland verlegt wurde, weil damit das Wahlrecht zum Tiroler Landtag entweder gänzlich endet (wenn nämlich der Hauptwohnsitz in einem anderen Bundesland begründet wurde) oder einen anderen Geltungsgrund erhält, nämlich die Wahlberechtigung für „Inlandstiroler“. In beiden Fäl-

len ist die betroffene Person aus der Wählerevidenz nach § 16a zu streichen. Im zweitgenannten Fall ist die betroffene Person dann in die Wählerevidenz der Gemeinde aufzunehmen, in deren Wählerevidenz für Wahlberechtigte im Ausland sie zuvor geführt wurde, wenn sie ihren Hauptwohnsitz spätestens zum Stichtag in die betreffende Gemeinde rückverlegt hat.

Die Bestimmungen des § 18 über den Ort der Eintragung wurden unter Berücksichtigung des neu eingeführten Wahlrechts für „Auslandstiroler“ neu gefasst. Darüber hinaus musste der bisherige Abs. 3, eine Spezialbestimmung für Präsenz-, Ausbildungs- und Zivildienstleistende, wegen des bestehenden Spannungsverhältnisses zur verfassungsrechtlich vorgegebenen Definition des (aktiven) Wahlrechts entfallen.

*Abteilung Verfassungsdienst  
Zabl Präs.II-1644/14 vom 19. März 2008*

## 15.

### Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen – Aktionsprogramm 2008

#### 1. Kundmachung und Inkrafttreten:

Die Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über das Aktionsprogramm 2008 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen wurde im Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 22 vom 31. Jänner 2008 kundgemacht. Das Aktionsprogramm 2008 ist am 1. Februar 2008 in Kraft getreten.

#### 2. Zielsetzung:

Ziel des Aktionsprogramm 2008 ist es, die durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen verursachte oder ausgelöste Gewässerverunreinigung zu verringern und weiterer Gewässerverunreinigung dieser Art vorzubeugen.

#### 3. Wesentlicher Inhalt:

Das Aktionsprogramm 2008 enthält Vorschriften folgender Themenbereiche:

- Festlegung von Ausbringungszeiträumen,
- Regelungen zur Ausbringung von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf stark geneigten landwirtschaftlichen Nutzflächen,
- Regelungen zur Ausbringung von stickstoffhaltigen

Düngemitteln auf wassergesättigten, überschwemmten, gefrorenen oder schneebedeckten Böden,

- Festlegung von Bedingungen für das Ausbringen von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Nähe von Wasserläufen,
- Regelung des Fassungsvermögens und der Bauweise von Behältern zur Lagerung von Wirtschaftsdünger,
- Regelungen zum Verfahren für das Ausbringen von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf landwirtschaftlichen Nutzflächen,
- Regelungen zur Begrenzung für das Ausbringen von stickstoffhaltigen Düngemitteln auf landwirtschaftlichen Nutzflächen.

#### 3. Ausbringungszeiträume:

##### *15. Oktober bis 15. Februar des Folgejahres:*

Verbot des Ausbringens von stickstoffhaltigem Handelsdünger, Gülle, Jauche und nicht entwässertem Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ohne Gründeckung.

##### *15. November bis 15. Februar des Folgejahres:*

Verbot des Ausbringens von stickstoffhaltigem Handelsdünger, Gülle, Jauche und nicht entwässertem Klär-

schlamm auf landwirtschaftlichen Nutzflächen mit Gründeckung.

### *30. November bis 15. Februar des Folgejahres:*

Verbot des Ausbringens von Stallmist, Kompost, entwässertem Klärschlamm und Klärschlammkompost auf landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Das Aktionsprogramm 2008 enthält spezielle Ausnahmebestimmungen im Hinblick auf die Verbote im

Zusammenhang mit dem Ausbringen von stickstoffhaltigem Handelsdünger etc.

Ausdrücklich ist darauf hinzuweisen, dass die Vorschriften des Aktionsprogramms 2008 das Verbot der Ausbringung von Klärschlamm gemäß § 8 Tiroler Feldschutzgesetz 2000, LGBL. Nr. 58/2000, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 56/2002, nicht verdrängen.

*Abteilung Wasser-, Forst- und Energierecht,  
Zabl IIIa1-W-3014/69 vom 6. März 2008*

## 16.

### Unterschriftenbeglaubigung durch Legalisatoren

Nach Art. X § 8 des Gesetzes, womit für den Fall der Einführung der Grundbücher in Tirol einige grundbuchsrechtliche Sonderbestimmungen und erleichternde Gebührenvorschriften erlassen und Beschränkungen der Teilung von Gebäuden nach materiellen Anteilen eingeführt werden, RGBL. Nr. 77/1897, darf der Legalisator die Echtheit einer Unterschrift nur innerhalb seines Amtsgebietes und nur dann beglaubigen, wenn ihm die Partei, um deren Unterschrift es sich handelt, persönlich bekannt ist, oder deren Identität durch zwei verlässliche Zeugen bestätigt wird.

In einem Beschluss über einen Revisionsrekurs in einer Grundbuchssache hat der Oberste Gerichtshof (5 Ob 234/07h) hinsichtlich der gleichlautenden Rege-

lung für Vorarlberger Legalisatoren (Art. IV § 8 RGBL. Nr. 44/1900) festgestellt, dass ein Verstoß gegen diese Norm nicht bloß eine Ordnungsvorschrift verletzt, sondern dadurch ein konstitutives Wirksamkeitserfordernis für die Beglaubigung fehlt und eine entsprechende Vorgangsweise damit nicht einer gerichtlichen oder notariellen Legalisierung gleichgehalten werden kann. In der verfahrensgegenständlichen Rechtssache erfolgte nämlich die Beglaubigung durch den Legalisator aufgrund einer Identitätsfeststellung nur anhand eines Lichtbildausweises, was sohin unzulässig ist.

*Abteilung Verfassungsdienst,  
Zabl Präs.II-1133/23 vom 7. März 2008*

## 17.

### Lesen, Schreiben, Rechnen und Basiswissen EDV für Erwachsene

Kennen Sie Menschen, die Probleme mit dem Lesen und Schreiben haben? Vielleicht fallen Ihnen jetzt Personen ein, die eine andere Muttersprache haben oder aus Ländern mit einem mangelhaften Schulsystem kommen. Schließlich gibt es in Österreich seit Maria Theresia die Schulpflicht und folglich müssten alle Lesen und Schreiben können.

Und doch ist es nicht so. Über 300.000 österreichische Erwachsene verfügen über keine ausreichenden Kenntnisse, die in ihrem Lebensumfeld – beruflich, privat und dem gesellschaftlichen Leben – vorausgesetzt werden.

Die Bandbreite dabei ist sehr groß. Sie reicht von fehlenden Basiskenntnissen im Umgang mit dem PC, geringen Lese- und Schreibkenntnissen bis hin zu tatsächlichem Analphabetismus.

Dies bedeutet, dass diese Menschen häufig Schwierigkeiten haben Formulare und Anträge auszufüllen, Gebrauchsanleitungen, Warnhinweise, Verträge oder Zeitungsartikel zu verstehen. Besonders nachteilig wirken sich diese Mängel natürlich in der Arbeitswelt aus, da in allen Arbeitsbereichen Schriftlichkeit und PC-Wissen eine wichtige Rolle spielen.

Viele Betroffene haben Angst davor sich zu blamieren

oder für dumm gehalten zu werden und „verstecken“ ihre Mängel vor ihrer Umwelt. Deshalb sei hier mit aller Deutlichkeit gesagt: Fehlende Schreib- und Lesekenntnisse haben nichts mit mangelnder Intelligenz zu tun, sondern meist mit einer „unglücklichen Lerngeschichte“.

Neben der ständigen Angst entdeckt zu werden sind Ausgrenzung vom gesellschaftlichen Leben, ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko, erhöhte Armutgefährdung, Ausschluss von Weiterbildung und dadurch fehlende Entwicklungschancen die Folgen.

Um dieses Tabuthema endlich aufzubrechen, bietet das „Netzwerk Alphabetisierung und Basisbildung in Österreich“ eine kostenlose Beratung für alle Betroffenen, aber auch allen Personen und Einrichtungen, die diese unterstützen wollen, an.

Dazu wurde das

„Alfa-Telefon Österreich – 0810 20 0810“

ingerichtet.

Ausgebildete BeraterInnen informieren österreichweit und anonym über spezielle Bildungsangebote für Erwachsene sowie mögliche Förderungen und professionelle Anbieter.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetplattform: [www.alphabetisierung.at](http://www.alphabetisierung.at)

Die Entwicklungspartnerschaft In.Bewegung wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Kunst und Kultur gefördert.

## VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR FEBRUAR 2008

(vorläufiges Ergebnis)

	Jänner 2008 (endgültig)	Februar 2008 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2005</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	105,3	105,6
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	116,5	116,8
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	122,6	122,9
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	160,3	160,7
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	249,1	249,8
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	437,2	438,5
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	557,0	558,6
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	558,8	560,4

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Februar 2008 beträgt 105,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Jänner 2008 um 0,3% gestiegen (Jänner 2008 gegenüber Dezember 2007: - 0,4%). Gegenüber Februar 2007 ergibt sich eine Steigerung um 3,2% (Jänner 2008/2007: + 3,2%).

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck